

von

Armin Kammrad, 14.03.2004

## Hiermit fordere ich die regierende Politik auf endlich Konsequenzen aus den Anschlägen am 11.03. in Spanien zu ziehen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich finde es erschreckend, wie ignorant die verantwortliche Politik in Deutschland der Gefahr des Terrorismus begegnet. Statt endlich selbstkritisch die bisherige völlig erfolglose Politik gegen den Terrorismus zu ändern, wird sie munter fortgesetzt. Dass solches Vorgehen immer gefährlichere Formen annimmt, zeigen die Anschläge in Spanien. Sollten tatsächlich die jetzt vorliegenden Bekenneräußerungen islamistischer Terroristen echt sein, so bestätigt dies, was Millionen Menschen schon seit geraumer Zeit eindringlich deutlich machen: Wer den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak unterstützt oder gar, wie die spanische Regierung, mit führt, fördert den Terror und muss deshalb auch für die Resultate zur Verantwortung gezogen werden.

Erschreckender Weise plant auch die Bundesregierung Maßnahmen, die den Terrorismus weiter fördern werden. Denn dieser grundgesetzwidrige Einsatz von deutschen Militär auf der ganzen Welt, wie ihn Herr Struck plant, kann nur als Förderung des Terrorismus und somit auch als Gefährdung der eigenen Bevölkerung schärfsten zurückgewiesen werden.

Besonders augenfällig ist bei den Anschlägen in Spanien die Gefahr für Frieden und körperliche Unversehrtheit durch Bündnisse mit Kriegsverbrecher und Terroristen wie sie gegenwärtig in der US-amerikanischen Regierung zu finden sind. Wer hier irgendeine Sympathie für solche eine Regierung einfordert, kann nicht einem Staat vorstehen, der Demokratie und Völkerrecht verpflichtet ist.

Ich habe unten eine Darstellung der Vorgänge im US-Konzentrationslager auf Kuba von SPIEGEL-ONLINE angehängt. Sie veranschaulicht Zustände, die sich in meinen Augen nur als „faschistisch“ bezeichnen lassen. Besonders bedrückend ist der Umstand, dass die USA nach einem jüngsten Bericht von Human Rights Watch diese Methoden sowohl in Afghanistan als auch im Irak anwenden. „Der Irak hat sich in ein großes Guantanamo verwandelt.“, stellt die Organisation in ihrem Bericht fest. Diese Förderung von Sadismus beim Umgang mit anderen Menschen kommt von oben, ja, Bush fordert wiederholt öffentlich zum Töten auf. Unübersehbar ist die faschistische Ideologie bei Bush's Minister Ashcroft, der mit seinem schizophrenen Fundamentalismus Bin Laden mindestens ebenbürtig ist. "Recht", sagt Ashcroft, "hat oft mit Vergeltung zu tun und oft sogar mit Rache." (SPIEGEL 11/2004). Er ergänzt sich mit der religiös verbrämten Tötungslogik eines G.W. Bushs („die USA werden noch erbarmungsloser sein“, SPIEGEL-ONLINE 15.11.2002) und den Interessen der mächtigen Wirtschaft, die bereits bei Hitler nichts Eiligeres zu tun hatte, diesen aus wirtschaftspolitischem Interesse an die Macht zu bringen. Außer in der Art des Fundamentalismus, sind zwischen den US-Verantwortlichen und al-Qaida keine Unterschiede im Denken und auch in ihrem Umgang mit Menschen festzustellen.

Bereits in den 70ziger Jahren wies der jüdische Psychoanalytiker Erich Fromm auf die Gefährlichkeit der faschistischen Ideologie nachdrücklich hin: „Unter uns leben Tausende von Himmlers. Vom gesellschaftlichen Standpunkt richten sie im normalen Leben nur relativ geringen Schaden an (...). Aber wenn die Kräfte der Zerstörung und des Hasses die gesamte Gesellschaft zu verschlingen drohen, werden derartige Leute außerordentlich gefährlich“ („Anatomie der menschlichen Destruktivität“, Hamburg 1996, S.364). Und auch zu Hitler stellte Fromm klar: „Unter uns gibt es Hunderte von Hitlern, die hervortreten würden, wenn ihre historische Stunde gekommen wäre.“ (a.a.O., S.486).

Bisher können Kriegsverbrecher und Menschenquäler wie Bush und Ashcroft, nur begrenzt Destruktivität in die Welt bringen. Aber sie nimmt zu. Auf Haiti wurde mit dem Blut vieler Menschen die Demokratie weggeputscht und gegenwärtig droht neues Elend durch die Kriegsprovokationen von Bush gegen Kuba und Venezuela. Es hängt nicht allein an der US-amerikanischen Bevölkerung, sondern auch von Staaten wie Deutschland ab, ob sie durch klare Absagen an faschistische Elemente in der US-Regierung, die dortigen Bestrebungen nach Demokratie unterstützen oder ob sie der US-amerikanische Antikriegsbewegung und Bewegungen zur Verteidigung der Demokratie in den Rücken fallen. Die Berichte der Folterung von Unschuldigen auf Anweisung und Duldung von oben auf Kuba beweisen sehr anschaulich, dass Erich Fromm mit seiner Warnung aktueller den je ist.

Ein Kampf gegen Terror setzt konsequentes Verhalten voraus. Das Grauen von Spanien veranschaulicht dies. Die regierende Politik kann nicht mit dem einen Terror Bündnisse oder gar Freundschaften suchen, ohne die andere Seite dadurch zu fördern. Der Terror ist machtlos, wenn eindeutig Recht statt die Macht der Gewalt das internationale Geschehen bestimmt. Insbesondere sind folgende Konsequenzen überfällig:

1. Alle Staaten müssen sich einer neutralen Rechtssprechung, wie dem internationalen Gerichtshof, bedingungslos unterwerfen. Hier den USA in irgendeiner Weise in ihrer Ablehnung der Macht des Völkerrechts entgegenzukommen, hat wesentlich dazu beigetragen, dass Kriegsverbrechen und die faschistische Behandlung von Menschen, gefördert wurden.
2. Mit Staaten, die Kriegsverbrecher an ihrer Spitze haben, können keine Bündnisse gemacht werden. Wer dies tut, macht sich mitschuldig. Gerade die USA mit ihrem tödlichen Waffenarsenal stellt in Verbindung von menschenverachtenden Sadisten an den politischen Schalthebeln eine unübersehbare Bedrohung für die gesamte Zivilisation dar. Deshalb muss gerade sie von neutraler Seite besonders scharf und unnachgiebig kontrolliert werden.
3. Ohne Zweifel gibt es auch auf islamischer Seite viel faschistische Ideologie. Doch bevor hier irgendein Kampf dagegen erfolgreich sein kann, muss zunächst der Westen fundamentalistische Politiker ausgrenzen und Kriegsverbrecher nach völkerrechtlichen Kriterien aburteilen. Hier mit zweierlei Maß zu messen, hat entscheidend zur Zunahme des Terrors beigetragen.
4. Deutschland muss sich wieder auf die ursprüngliche Grundgesetzfestlegung der ausschließlichen Landesverteidigung beschränken. Die nicht aktive Teilnahme am Angriffskrieg gegen den Irak, schützt (noch) im gewissen Umfang vor dem Anwachsen des Terrors auch in Deutschland. Jegliche deutsche Militäraktion in der Welt gefährden die Menschen auch in Deutschland. Sie hat auch in Albanien und Serbien nur Elend und Ungerechtigkeit gebracht. Politiker, die das friedliche Zusammenleben stören bzw. wie im Falle des Iraks solche Störungen, müssen bestraft werden.
5. Der beste und wesentlichste Schutz gegen Terrorismus ist konsequent praktiziertes Völkerrecht und entwickelte Demokratie. Der Abbau demokratischer Grundrechte fördert den Terror, weil genau dies ein Ziel des Terrors gegen die Zivilbevölkerung

ist. Dies zu beachten, erscheint gerade angesichts der noch dürftigen Kenntnisse über die Akteure der Anschläge in Spanien angebracht. In Bologna waren es 1980 Rechte, die Anschläge auf Zivilisten ausführten. Deren Ziel war nach einer Aussage des Mitglieds Venciguerra die Demokratie zu destabilisieren, also genau dies zu erreichen, was manche Politiker in Deutschland nach den Anschlägen in Spanien selbst praktizieren wollen. Es zeugt von Menschenverachtung, wenn Politiker ihre rechten Staatsphantasien mit dem Leid der Opfer von Terroranschlägen begründen wollen.

6. Immer eindeutiger stellt sich der Verweis auf die Einmaligkeit des Faschismus in Deutschland als bequeme Formel heraus, um menschenverachtende Politik wieder salonfähig zu machen. Nur gibt es Terror nicht nur in Madrid. Die USA unter Bush haben sich immer eindeutiger als gefährliche terroristische Kraft herausgestellt. Sie praktizieren dieselbe Gewalt und dasselbe Rechtsverständnis, was sie andern vorwerfen. Die Geschichte wiederholt sich nie. Bei fehlender völkerrechtlicher Konsequenz kann es allerdings noch schlimmer als beim letzten Mal kommen. Jeder Faschismus wurzelt in seiner Zeit, d.h. in den jeweiligen Zuständen von Zerstörung und Hass. Der beste Schutz dagegen sind Demokratie und Sozialstaat und deren Verteidigung – nach allen Richtungen hin.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)

---

## Anhang:

**BRITISCHER EX-HÄFTLING** (12.03.2004 SPIEGEL-ONLINE)

### Ratten, Folter und Todesangst in Guantanamo

**Einer der fünf freigelassenen britischen Guantanamo-Häftlinge hat schwere Vorwürfe gegen die USA erhoben: Die Gefangenen in dem Lager auf Kuba würden gefoltert. "Wir haben nicht mehr um Menschenrechte gebeten - wir wollten nur noch die gleichen Rechte wie die Tiere."**

London - "Sie haben alles versucht, um mich zu brechen", sagte der 37-jährige Jamal al-Harith alias Jamal Udeen der Zeitung "Daily Mirror". Nach zwei Jahren in Guantanamo war der zum Islam übergetretene Web-Designer aus Manchester am Dienstag zusammen mit vier anderen Briten von den USA freigelassen worden.

Spezielle Wächter in Kampfanzügen hätten Häftlinge schon bei den geringsten Verstößen zusammengeschlagen, sagte al-Harith. Ihn hätten sie mit Fäusten und Schlagstöcken blau geschlagen, als er eine Impfung verweigert habe. Um die streng religiösen muslimischen Gefangenen zu demütigen, hätten die Wächter Prostituierte ins Lager gebracht.

"In Guantanamo geht es darum, dich psychologisch klein zu kriegen", sagte er. "Die Schläge waren bei weitem nicht so schlimm wie die psychologische Folter." Er sei 40 Mal jeweils bis zu zwölf Stunden lang von amerikanischen und britischen Agenten verhört worden. Dabei hätten sie gedroht, ihn und seine Familie zu töten. Um ihn einzuschüchtern, hätten sie so getan, als würde im Nebenraum jemand zusammengeschlagen.

Die Häftlinge hausen nach seiner Darstellung in Käfigen und sind dort Wind und Wetter ebenso ausgesetzt wie Ratten, Schlangen und Skorpionen. Vor den Augen der Wächter und der anderen Gefangenen müssten sie einen Eimer als Toilette benutzen: "Daran habe ich mich nie gewöhnt." Das Wasser sei schmutzig, "das Essen schrecklich und teilweise seit zehn Jahren abgelaufen". Bis zu 15 Stunden lang hätten Häftlinge Hand- und Fußschellen anbehalten müssen.

"Nach einer Weile haben wir nicht mehr um Menschenrechte gebeten - wir wollten nur noch Tierrechte", erzählte er. "Im Camp X-Ray war mein Käfig direkt neben einem Zwinger mit einem Schäferhund. Der hatte eine Holzhütte mit Klimaanlage und Gras. 'Ich will die gleichen Rechte wie er', habe ich zu den Wächtern gesagt. Darauf haben die gesagt: 'Dieser Hund ist ein Mitglied der US-Streitkräfte.'"

Al-Harith war nach eigenen Angaben 2001 nach Pakistan gereist, um dort eine islamische Kultur kennen zu lernen. Ohne es zu wollen, sei er nach Afghanistan geraten und dort von den Taliban als Spion inhaftiert worden, möglicherweise wegen seines britischen Passes. Die vorrückenden amerikanischen Soldaten hätten ihn dann festgenommen und nach Guantanamo auf Kuba gebracht.

© Spiegel-Online